

Working Paper 3

Monitor: Evaluation im Bereich der nonformalen politischen Bildung

Bestandsaufnahme und Analyse von
Forschungssituation und Fachdebatte



Hansek, Marcel / Becker, Helle / Posenau, Dirk

Entstanden im Rahmen des Projekts
Fachstelle politische Bildung – Wissens-Hub

Fachstelle
politische
Bildung



Inhalt	
Einleitung	3
Bestandsaufnahme und Analyse der Forschungssituation	4
Ergebnisse	6
Fachdebatte	11
Fazit	13
Literatur	15

Abstract

Politische Bildung steht angesichts gesellschaftlicher Herausforderungen, wie wachsende Demokratieverdrossenheit, Radikalisierungstendenzen und steigende Erwartungen von Politik und Gesellschaft, unter zunehmendem Druck, ihre Relevanz, Reichweite und Wirkung systematisch nachzuweisen. Dabei konkurriert sie mit benachbarten Feldern wie Extremismusprävention oder Demokratieförderung um öffentliche Aufmerksamkeit und Ressourcen. Gleichzeitig verfolgt politische Bildung den Anspruch, Menschen die aktive Teilhabe an politischen Prozessen zu ermöglichen und dafür innovative, qualitativ hochwertige Bildungsangebote zu schaffen.

Dieser Bericht fasst den aktuellen Wissensstand zu Evaluationen nonformaler politischer Bildung zusammen. Forschungslage, thematische Schwerpunkte und methodischen Zugänge werden systematisch erfasst. Ziel ist es, bestehendes Wissen zu systematisieren, empirische Erkenntnisse zur Wirkung und Qualität nonformaler politischer Bildung sichtbar zu machen und die Debatte über geeignete Bewertungsansätze zu fundieren. Dafür wurden im Rahmen einer kriteriengeleiteten Auswertung insgesamt 20 Studien aus den Jahren 2013 bis 2023 analysiert, in denen verschiedene Programme und Formate politischer Bildung bewertet wurden. Darüber hinaus erfolgt eine differenzierte Auseinandersetzung mit der fachlichen Debatte rund um zentrale Fragestellungen zur Evaluation politischer Bildung.

Die Untersuchung zeigt: Der Großteil der Evaluationen wird von staatlichen Akteuren beauftragt und orientiert sich häufig an politisch-administrativen Interessen. Partizipative Evaluationsansätze bilden eine Ausnahme und viele Studien fokussieren primär auf Wirkungsnachweise zur Legitimation von Fördermitteln. Gleichzeitig mangelt es an wissenschaftlich unabhängigen Evaluationen, die die Praxis politischer Bildung stärken. Das Projekt *Fachstelle politische Bildung – Wissens-Hub* zielt darauf ab, diese Lücken zu adressieren, Qualitätsdiskurse zu befördern und Kriterien für eine kontextgerechte, reflexive Evaluationspraxis in der politischen Bildung weiterzuentwickeln. In diesem Sinn soll der Bericht Impulse für eine zielgerichtete Weiterentwicklung von Evaluationen politischer Bildung bieten.

Einleitung

Angesichts gesellschaftlicher Herausforderungen, wie zunehmender Radikalisierung und wachsender Skepsis gegenüber der Demokratie, steht politische Bildung unter Druck. Politik und Gesellschaft erwarten von ihr eine wirksame Antwort auf gesellschaftliche Erosionsprozesse, vor allem eine effektivere Praxis mit größerer Reichweite. Dabei befindet sie sich in einem intensiven Wettbewerb mit anderen Ansätzen wie Extremismusprävention und Demokratieförderung, und ist daher herausgefordert, ihre Alleinstellungsmerkmale, Qualitätsstandards, Einflussbereiche und Wirkungen nachzuweisen.

Doch nicht nur äußere Erwartungen stellen hohe Anforderungen. Politische Bildung selbst verfolgt das Ziel, mehr Menschen politische Bildungsgelegenheiten zu bieten, sie zur aktiven Teilhabe an demokratischen Prozessen zu ermutigen und sie als handelnde Subjekte politischer Prozesse zu stärken. Dafür werden innovative Konzepte gebraucht, die sowohl eine größere Reichweite als auch differenzierte Angebote schaffen und die politische Bildung sichtbarer in Politik und Öffentlichkeit verankern. Um dies zu erreichen, sind fundierte Erkenntnisse über Bildungsprozesse, Wirkungen und Qualitätskriterien unerlässlich.

Belastbare, wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse, die die reale Praxis der politischen Bildung mit ihren spezifischen Qualitäten erfassen, ihre tatsächlichen Wirkungen beschreiben und klare Bewertungskriterien liefern, fehlen bislang. Für die Professionalisierung und Anerkennung der politischen Bildung sind umfassende Forschung zur Praxis, systematische Evaluationen und Wirkungsstudien von zentraler Bedeutung.

Mit dem Projekt *Fachstelle politische Bildung – Wissens-Hub (2025-2027)* möchten wir einen aktiven Beitrag zu den aktuellen Qualitätsdebatten leisten, die insbesondere die nonformale politische Bildung betreffen. Im *Wissens-Hub* sollen hierzu unter anderem wissenschaftliche Erkenntnisse zur Praxis, ihren Rahmenbedingungen, Wirkungen und Qualitäten gebündelt, analysiert und gezielt für fachliche Diskurse aufbereitet werden. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Auseinandersetzung mit der Frage, wie diese Themen angemessen empirisch untersucht und bewertet werden können. Ansätze der Grundlagenforschung, Wirkungsforschung sowie Evaluationen stehen dabei im Zentrum.



In unserer Datenbank finden Sie Zusammenfassungen und Einordnungen empirischer Forschungsarbeiten:
<https://bit.ly/FpB-Datenbank>

In einem Pilotprojekt (2024) hatten wir mit einer ersten Bestandsaufnahme empirischer Studien begonnen, die Erkenntnisse zu den genannten Wissensbereichen – Praxis, Wirkungen und Evaluation – liefern oder potenziell enthalten. Da die verfügbare Literatur im Bereich der nonformalen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung begrenzt ist und die Herausforderungen der Wirkungs- und Qualitätsmessung in anderen, ebenso wenig standardisierten pädagogischen Praxisfeldern mit komplexen Bildungsprozessen ähnlich gelagert sind, wurde die Recherche ausgeweitet. Sie umfasste unter anderem Literatur aus den Bereichen Kinder- und Jugendarbeit, Kulturelle Bildung, Demokratieförderung und Extremismusprävention, Globales Lernen sowie allgemeine und berufliche Erwachsenenbildung. Dabei haben wir auf die Datenbank und das Archiv von *Transfer für Bildung e.V.* zurückgegriffen und durch Online-Recherche ergänzt. Zunächst sollte identifiziert werden, in welchen Wissenschaftsbereichen und Praxisfeldern Wissen zu den erwähnten Bereichen überhaupt vorhanden ist und wie es systematisiert werden kann. Weitere Literatur wurde einbezogen, die zur Fachdebatte über den Nutzen und die He-

erausforderungen von Wirkungsmessungen und Evaluationen sowie zu relevanten Methoden und Konzepten beiträgt.

Bislang mangelt es an belastbaren, wissenschaftlich fundierten Erkenntnissen, die die reale Praxis der politischen Bildung mit ihren spezifischen Qualitäten erfassen, ihre tatsächlichen Wirkungen beschreiben und klare Bewertungskriterien liefern.

Anhand der Literaturrecherche wurde ein erster Überblick darüber gewonnen, welches Wissen vorliegt und wo Wissenslücken bestehen. Zudem war es unser Anliegen, genauer zu klären, wie dieses Wissen entsteht: Wer trägt zu seiner Entwicklung bei? Welche Methoden werden angewandt? Welche Herausforderungen ergeben sich dabei und wie werden diese reflektiert und diskutiert? Ziel war es also, „Wissen über das Wissen“ zu gewinnen. Spezifische Ergebnisse der einzelnen Studien wurden noch nicht bzw. nur cursorisch berücksichtigt. Zudem wurde ein Überblick über die aktuellen Debatten in diesen Bereichen erarbeitet.

Als Grundlage für die Auswahl relevanter Studien diente ein weit gefasster Begriff politischer Bildung, der diese als lebenslangen Prozess versteht und darauf abzielt, Menschen zur Teilhabe am politischen System und an der demokratischen Gesellschaft zu befähigen. Politische Bildung wird hierbei nicht als das exklusive Tätigkeitsfeld bestimmter Institutionen oder pädagogischer Ansätze verstanden, sondern als individueller Bildungsprozess, unabhängig davon wo und wie er stattfindet.

Bestandsaufnahme und Analyse der Forschungssituation

Um die nonformale politische Bildungspraxis zu stärken, ist es entscheidend, auf empirisch fundierte Erkenntnisse zurückgreifen zu können. Eine besondere Rolle spielen Evaluationen, da diese die Bildungspraxis bewerten und Kriterien für ihre Qualität voraussetzen und ableiten. Sie tragen damit direkt und indirekt zur Diskussion über Konzepte und Qualitätsvorstellungen bei, liefern im besten Fall Wissen, das hilft, die Qualität der Bildungsangebote weiterzuentwickeln oder auf externe Anforderungen zu antworten.

Für die kriteriengeleitete Auswertung einer Bestandsaufnahme empirischer Studien, die politische Bildungspraxis evaluieren, wurden insgesamt 20 Studien aus den Jahren 2013 bis 2023 analysiert, in denen verschiedene Programme und Formate politischer Bildung bewertet wurden. Anschließend erfolgt eine differenzierte Auseinandersetzung mit der fachlichen Debatte rund um zentrale Fragestellungen zur Evaluation politischer Bildung.

Evaluation kann als eine Praxis des Vergleichens auf Basis vorab formulierter (Qualitäts-)Kriterien angesehen werden, um eine Grundlage für eine rationale und nachvollziehbare Entscheidungsfindung zu schaffen.

Unter Evaluation wird ein systematisches und transparentes Vorgehen der empirischen Datenerhebung und Interpretation zu einem definierten Gegenstandsbereich mittels valider und reliabler Erhebungsverfahren verstanden, das auf Basis vorab formulierter (Qualitäts-)Kriterien und Forschungsfragen eine genaue Bewertung des betrachteten Evaluationsobjekts ermöglicht (vgl. Dehn 2022). Im Wesentlichen kann Evaluation als eine Praxis des Vergleichens angesehen wer-

den, bei der die Welt kontinuierlich anhand bestimmter Unterschiede beurteilt wird, beispielsweise gut oder schlecht, effizient oder ineffizient, negativ oder positiv, vorteilhaft oder nachteilig sowie leistungsstark oder leistungsschwach (siehe Höhne 2024: 10). In diesem Sinn sollen Evaluationen die Grundlage für eine rationale und nachvollziehbare Entscheidungsfindung schaffen, etwa um die Erreichung von Programm- oder Maßnahmenzielen entsprechend zu verbessern, die Effizienz von Prozessen zu steigern oder die Legitimität eines Programms oder einer Maßnahme nachweisen zu können. Damit fungiert Evaluation laut Widmer zum einen als (wissenschaftliche) Dienstleistung, die für Auftraggeber*innen und andere Gruppen von Adressat*innen einen bestimmten Nutzen erbringen sollte, indem sie sich „nicht darauf beschränkt zu erheben, zu messen, zu beschreiben, zu verstehen, zu erklären und zu prognostizieren, wie dies die wissenschaftliche Forschung tut, sondern zwingend auch zu bewerten“ (Widmer 2012: 42). Sie ist daher verpflichtet, Bewertungskriterien und Qualitätsstandards festzulegen, die konsequent angewendet und klar dargestellt werden müssen.

Grundsätzlich kann sich die Evaluation politischer Bildung damit auf eine Vielzahl von Aspekten beziehen, die bereits im Kontext empirischer Grundlagenforschung zur Praxis und Wirkungsforschung als Charakteristika politischer Bildung identifiziert worden sind. Evaluieren können jegliche Aspekte, die mit Konzeption, Durchführung und Nachbereitung politischer Bildungspraxis zusammenhängen – etwa die Qualität des Inputs (Personal, Methoden), die Qualität der Durchführung (Prozesse), die Qualität eines bestimmten Outputs (z.B. Produkte) oder der Nachweis bestimmter Outcomes oder Wirkungen, die sich im besten Fall als valide Effekte politischer Bildungspraxis nachweisen lassen. Auch wenn es insbesondere zwischen Wirkungsforschung und Evaluationen zu politischer Bildung starke Synergien und Überschneidungen gibt, muss Evaluation nicht primär die Erforschung von Wirkungen beinhalten. Wie sich im Rahmen der vorliegenden Untersuchung herausstellte, bezieht sich ein Großteil der evaluierenden Untersuchungen auf die Einhaltung geplanter Programmumsetzungen oder Maßnahmenschritte aus Sicht von Fördergebern.

Bis zu diesem Punkt ist bereits angeklungen, dass die Ausrichtung von Evaluation maßgeblich von den Perspektiven und den spezifischen Interessen unterschiedlicher Akteursgruppen beeinflusst wird, die in diesen Prozess eingebunden sind. In der aktuellen Debatte rund um Evaluation zu politischer Bildung ist dabei die Frage nach ihren Wirkungen ein zentraler Begriff: So stellt etwa Hübner im Editorial des Journals für politische Bildung (2/24) zum Thema „Wozu Evaluation?“ fest, dass „der Begriff Wirkung mit mehr als 25 Treffern“ im Heft am häufigsten vertreten ist. Hübner schließt daraus: „Dass dieser [der Wirkungsbegriff, FpB] nicht nur in der politischen Bildung mit besonderen Erwartungen verknüpft wird, ist einerseits verständlich, entlässt das Feld mit Blick auf die derzeitigen politischen Konjunkturwellen und erwartbaren Einsparungen andererseits aber auch nicht ohne den Auftrag, sich mit der Bedeutung für Praxis und Forschung auseinanderzusetzen“ (Hübner 2024: 1).

Um nicht von fachfremden Forderungen vereinnahmt zu werden, muss politische Bildung fachadäquate Evaluationsansätze finden und diskutieren.

Damit Evaluation nicht unhinterfragt als „Instrument zur Herstellung von Transparenz über die Wirkungen von Angeboten, Maßnahmen und Projekten“ (Höhne 2024: 10 ff.) herangezogen wird und nicht „nur noch sichtbare, nachweisbare und messbare Indikatoren als legitime Belege für ‚erfolgreiche‘, sprich wirkungsvolle, Bildung akzeptiert werden“ (ebd.), muss die politische Bildung adäquate Ansätze für sich finden und diskutieren. Um nicht durch „fachfremde Forderungen“ (Becker 2024: 18) vereinnahmt zu werden, sondern stattdessen die eigene Profession bzw.

die Qualität der politischen Bildungspraxis zu stärken, sollte der „Mangel an wissenschaftlichen fundierten Wissensbeständen bzw. der Mangel an Wahrnehmbarkeit vorhandenen Wissens“ (ebd.) behoben werden. Das Projekt *Fachstelle politische Bildung – Wissens-Hub* hat sich dies zum Ziel gesetzt.

Ergebnisse

Nachfolgend werden zentrale Ergebnisse aus der Analyse der Studien vorgestellt. Zunächst soll dezidiert auf einzelne Befunde der untersuchten Kategorien eingegangen werden, bevor der Versuch unternommen wird, erste Muster und Strukturen innerhalb der Befunde zu identifizieren.

Auftraggeber

Schon im Rahmen der „Studie zur Gewinnung und Nutzbarmachung von empirischen Erkenntnissen für die politische Bildung in Deutschland“ (Becker 2011) fanden sich empirische Hinweise für die Verteilung der Finanzquellen und Auftraggeber von Evaluationsstudien zu politischer Bildung. Die Ergebnisse aus dem Jahr 2011 zeigten, dass Auftragsforschung eine bedeutende Rolle spielte. Rund ein Viertel der analysierten Studien bestand aus Programm- und Projektevaluationen, die im Auftrag von Ministerien und Stiftungen durchgeführt wurden. Dabei war das Frageinteresse meist von Auftraggebern und/oder aktuellen politischen Herausforderungen abhängig (siehe Becker 2011: 20 f.) anstatt von den Bedarfen der Wissenschaft oder Fragen aus der Bildungspraxis. „Es gibt nur wenige empirische Forschungsarbeiten, die sich mit der außerschulischen politischen Bildung beschäftigen [...]. Die Forschung ist zudem in mehrfacher Hinsicht fragmentiert: Sie erfolgt im Rahmen unterschiedlicher Wissenschaftsdisziplinen [...] und dort innerhalb jeweils unterschiedlicher Teildisziplinen [...]. Sie findet im Kontext verschiedener wissenschaftlicher, praxisbezogener oder auch politischer Fachdiskurse statt [...]. Alles in allem kann die empirische Forschungslage zur außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung damit als desolat bezeichnet werden“ (Becker 2011: 160 f.).

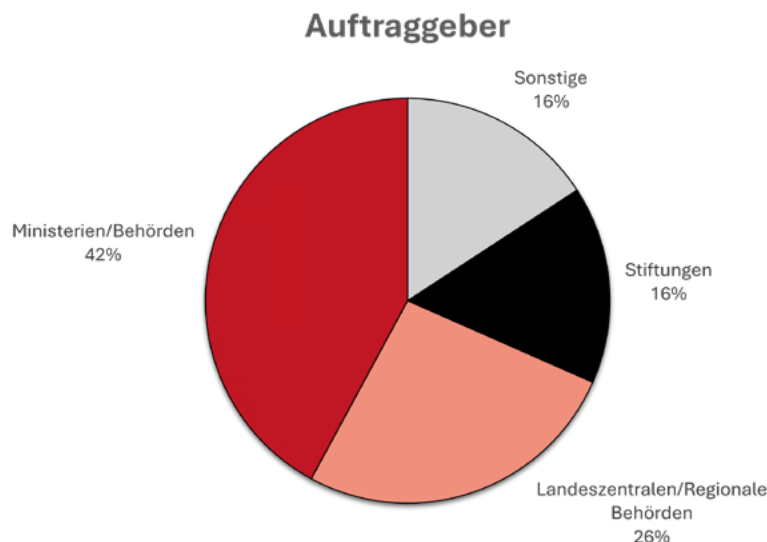


Abbildung 1: Auftraggeber der ausgewerteten Evaluationen. Eigene Darstellung

Dieser Befund bestätigt sich im Hinblick auf die vorliegenden Recherchen immer noch. Rund drei Viertel der untersuchten Evaluationen werden von Behörden bzw. Ministerien in Auftrag gegeben. Die häufigsten Auftraggeber sind die Landeszentrale für politische Bildung NRW und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Gründe dafür sind u.a. politische Vorgaben (der Demokratiebericht NRW als Vorgabe des Landtags, die Evaluation von „Demokratie leben!“ als administrative Programmvorgabe) sowie politische Interessen. Darüber hinaus gibt es weitere öffentliche und private Auftraggeber. Dazu zählen unter anderem die DFL Stiftung, die Bertelsmann Stiftung, das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) und die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb. Neben bundesweiten Institutionen sind auch weitere Landesministerien vertreten, wie das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur, das Hessische Ministerium für Soziales und Integration und das Ministerium für Kultur, Jugend und Sport Baden-Württemberg.

Rund drei Viertel der untersuchten Evaluationen werden von Ministerien oder anderen Behörden in Auftrag gegeben.

Die Auszählung weist auf die zentrale Rolle von staatlichen Institutionen bei der Unterstützung und Beauftragung von Forschungsprojekten hin. Für die Auszählung der hier gezogenen Stichprobe ist zu bedenken, dass ein Grund für die zahlenmäßige Dominanz von öffentlichen Auftraggebern darin liegen könnte, dass diese die entsprechenden Evaluationen häufiger veröffentlichen und die Auffindbarkeit bzw. Zugangsmöglichkeit im Rahmen einer Stichprobenziehung damit weitaus besser gewährleistet ist.

Die Auswahl zeigt überdies, dass Evaluationen aus unterschiedlichen Bereichen der politischen Bildung, Sozialforschung, Demokratieförderung und Präventionsarbeit finanziert werden.

In allen Fällen sollten die jeweils dahinterstehenden Erkenntnisinteressen und die daraus abgeleiteten Forschungsfragen mit dem fachlichen Eigeninteresse politischer Bildung kritisch ins Verhältnis gesetzt werden. Die starke Dominanz staatlicher Auftraggeber stellt die politische Bildung vor die Herausforderung, die eigenen Nutzungs- und Erkenntnisinteressen nicht aus den Augen zu verlieren.



Programm-/Projektziele

Die Analyse der Ziele der evaluierten Programme und Projekte politischer Bildung zeigt eine breite Fächerung. Einige Ziele konzentrieren sich auf die Förderung von Demokratiebildung und sozialer Teilhabe, insbesondere durch die Verbindung von Inklusion und politischem Lernen in Jugendprojekten und offenen Settings. Ein zentraler Fokus liegt darauf, Jugendliche und junge Menschen für gesellschaftliches Engagement zu gewinnen. Großer Wert wird auch auf die Vermittlung von Wissen und Schlüsselkompetenzen gelegt, um die Distanz zwischen Jugendlichen und der Politik zu verringern und ihre Urteilsbildung zu stärken. Ein weiteres Ziel ist die Entwicklung neuer Formate, wie digitale Ansätze und aufsuchende politische Bildung, als innovative und nachhaltige Konzepte für junge Menschen. Gleichzeitig werden als Ziele die systematische Analyse und Optimierung von internen Strukturen und Rahmenbedingungen angestrebt, um bedarfsgerechte Koordinierungs- und Vernetzungsstrukturen zu etablieren und adäquate Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Projektarbeit sicherzustellen. Weitere Ziele reichen vom Auftrag politischer Bildung (beispielsweise Förderung demokratischen Bewusstseins, Vermittlung von Wissen über das politische System und Förderung von Urteils- und Handlungskompetenzen) und der bedarfsgerechten Entwicklung innovativer Bildungsformate bis zur Überprüfung und Optimierung von programminternen Strukturen, Abläufen und Förderzielen. Knapp die Hälfte der ausgewerteten Evaluationen verfolgt die Verbesserung von Förderprogrammen, hier vor allem von Sonderprogrammen.

Selten gibt es Evaluationen, die dezidiert darauf abzielen, Erkenntnisse aus und vor allem für die alltägliche Praxis politischer Bildung zu generieren.

Evaluationen, die dezidiert darauf abzielen, Erkenntnisse aus und vor allem für die alltägliche Praxis politischer Bildung zu generieren, sind selten. Es fehlen eigene Ansätze für Evaluationen, die mit dem Selbstverständnis politischer Bildung und ihren alltäglichen praktischen Konzepten harmonieren und zugleich ihre Weiterentwicklung fördern. Das Projekt *Fachstelle politische Bildung – Wissens-Hub* könnte hier einen wichtigen Beitrag leisten, indem es den Wissenstransfer zwischen den beteiligten Akteuren aus Wissenschaft, Praxis und Politik als unabhängige Instanz fördert und begleitet.

Erfasste Wirkungen

Es zeigt sich, dass neben der Evaluation von Bildungsprozessen insbesondere der konkrete Outcome im Zentrum des Interesses steht. So werden in nahezu allen Studien unmittelbar auftretende Effekte eines Projekts bei den direkten Adressat*innen bewertet. Der Wirkzusammenhang, d.h. die Beziehung zwischen dem jeweiligen Input und dem Outcome, spielt dennoch nur in rund 25 Prozent der Studien eine Rolle. Die Vermutung liegt nahe, dass es diesbezüglich methodologische Schwierigkeiten gibt. Das Deutsche Jugendinstitut (DJI) gibt zu bedenken, dass „erzielte Wirkungen immer als Ergebnis einer Koproduktion zwischen Fachkräften, Adressatinnen und Adressaten gesehen werden müssen [...] und gleichzeitig andere entscheidende Faktoren wirken, die in ihrer Gesamtheit nicht kontrolliert und im Forschungsprozess nicht umfassend abgebildet werden können. Evaluationen pädagogischer Interventionen stehen somit vor methodischen Herausforderungen, wenn nach Wirkungen und Ergebnissen gefragt wird“ (DJI 2005: 3).

Der Wirkzusammenhang, d.h. die Beziehung zwischen dem jeweiligen Input und dem Outcome, spielt nur in rund 25 Prozent der Studien eine Rolle.

In gut der Hälfte aller Evaluationen steht auch der Impact, d.h. die mittelbar auftretenden, überindividuellen Effekte, etwa Auswirkungen auf die Gesamtgesellschaft, im Fokus. Diese Entwicklung kann in Zusammenhang damit gesehen werden, dass politische Bildung bei der Adressierung gesamtgesellschaftlicher Probleme (sinkendes Vertrauen in die Demokratie, zunehmender Rechtsextremismus etc.) zunehmend unter Rechtfertigungsdruck gerät und aufgefordert wird, nachzuweisen, wie und ob sie auf gesellschaftliche Entwicklungen einwirkt und dafür gefördert werden sollte. Die vorliegenden Wirkungsmodelle können zu diesem Zweck lediglich als Orientierung dienen, denn tatsächlich reduzieren sie die Vielfalt und Komplexität der in der Empirie vorzufindenden Wirkungszusammenhänge erheblich. „Es wird deutlich, dass eine Wirkungsevaluation auf der Stufe Impact sehr anforderungsreich ist, weil auf zahlreichen Stufen diverse alternative Erklärungen ausgeschlossen werden müssen, bevor eine Veränderung im Impact kausal dem zu evaluierenden Projekt zugeordnet werden kann“ (Widmer 2012: 43 f.).

Partizipative Evaluation

Die Ergebnisse der hier vorliegenden Untersuchung zeigen, dass lediglich ein Fünftel der Evaluationen partizipative Elemente beinhaltet, d.h. die Akteur*innen der beforschten Praxis einbezieht. Insbesondere im Hinblick auf eine valide und gegenstandsangemessene Konzeption, Durchführung und Interpretation der Ergebnisse bietet die partizipative Evaluation zahlreiche Vorteile, wenn sie Betroffene mit ihren verschiedenen Perspektiven in den Evaluationsprozess einbindet. Die Beteiligung verschiedener Interessensgruppen kann etwa die Datenqualität erhöhen, da sie dabei hilft, relevante Fragen zu identifizieren, kontextspezifisches Wissen einzubringen und Fehlinterpretationen zu vermeiden. Gleichzeitig ermöglicht die Einbindung derjenigen, die direkt von der Evaluation betroffen sind, die Entwicklung praxisrelevanter Fragestellungen und Umsetzungen.

Darüber hinaus fördert der partizipative Ansatz den Dialog zwischen unterschiedlichen Interessensgruppen, wodurch die Zusammenarbeit verbessert und potenzielle Konflikte frühzeitig erkannt und gelöst werden können. Durch die aktive Beteiligung von Akteur*innen und Zielgruppen wird zudem sichergestellt, dass die Evaluation auf spezifisch kulturelle, soziale oder organisatorische Kontexte zugeschnitten ist. Obwohl der partizipative Ansatz anfangs zeitaufwendig erscheint, zeigt sich langfristig auch ökonomischer Nutzen: Ressourcen können eingespart werden, da er häufig praktikablere und besser umsetzbare Lösungen hervorbringt.

Evaluationsziele

Ein weiterer Aspekt der vorliegenden Analyse war die Betrachtung der deklarierten Ziele der Evaluation: „Um die Frage nach der Nutzung und Nutzbarkeit von Evaluationsergebnissen beantworten zu können, ist nach den Zielen zu differenzieren, wobei in der Praxis vielfach Zielbündel vorliegen können“ (Schirrmacher 2012: 182). Hierbei ergaben sich Herausforderungen bei der Auszählung, weil in einer Vielzahl der untersuchten Studien das primäre Nutzungsinteresse nicht eindeutig oder unvollständig dargelegt wird. Für viele Studien ist davon auszugehen, dass z.B. der Nachweis oder das Ausbleiben bestimmter Wirkungen nicht ausschließlich für eine Verbesserung des Programms oder Projekts genutzt wird, sondern dass die Evaluation auch dazu dient, die Mittelverwendung öffentlich und/oder politisch zu legitimieren bzw. beim Ausbleiben der erwarteten Wirkungen entsprechend regulatorisch eingreifen zu können.

In rund drei Viertel der untersuchten Evaluationen spielt die Erreichung von politischen Förderinteressen eine wichtige Rolle.

Im Rückbezug auf die bereits erläuterte Funktion von Evaluation aus der Perspektive staatlicher Steuerungsbestrebungen lag eine Kombination aus mehreren Interessen insbesondere bei jenen Evaluationen nahe, die vonseiten der öffentlichen Verwaltung beauftragt worden sind. Beide Aspekte, sowohl die verbesserte Erreichung des Programm-/Projektziels als auch die Legitimation von politischen Interessen, spielen in rund drei Viertel der Evaluationen eine wichtige Rolle. Dies ist nicht unbedingt von Vorteil: „Solchermaßen verschiedene, je unterschiedliche akzentuierbare Leitgesichtspunkte von Evaluationen verleihen diesen von vorneherein einen mehrdeutigen Charakter. An sie können [...] vielfältige Interpretationen und Schlussfolgerungen, ausgerichtet an je unterschiedliche Kontexte und Problemstellungen [...] angeschlossen werden“ (Bommes 2005: 136).

Methodisches Vorgehen

Darüber hinaus liefert die strukturierte Analyse der insgesamt 20 Studien fundierte Einblicke in die methodischen Charakteristika der untersuchten Evaluationen. 11 Projekte nutzen eine Mischung aus quantitativen und qualitativen Methoden. Viele Evaluationsprojekte nutzen einen Mixed-Methods-Ansatz (eine Kombination aus quantitativen und qualitativen Methoden), um eine adäquate Analyse sicherzustellen. Sieben Evaluationen setzen ausschließlich auf qualitative Methoden. Dies deutet darauf hin, dass viele Evaluationen tiefere Einblicke und narrative Daten bevorzugen, z.B. durch Interviews oder Fallstudien. Nur zwei Evaluationen verwenden ausschließlich quantitative Methoden, z.B. standardisierte Erhebungen für größere Stichproben.

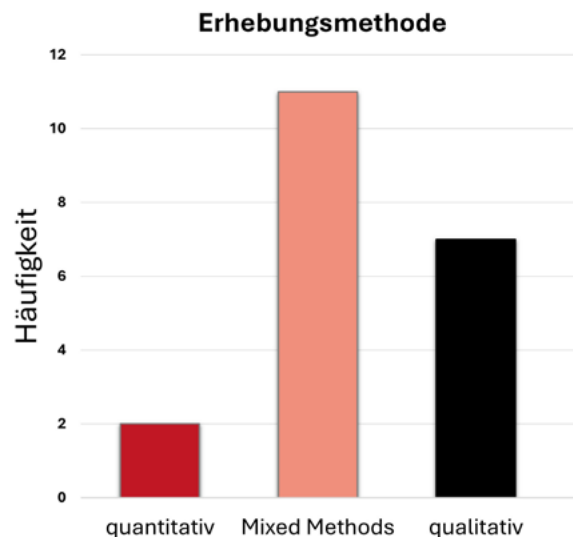


Abbildung 2: Erhebungsmethoden der ausgewerteten Evaluationen. Eigene Darstellung

Die Verwendung von Mixed Methods in der Evaluation politischer Bildungssettings bietet zahlreiche Vorteile, die dazu beitragen, die Komplexität und Vielschichtigkeit der Settings besser zu erfassen. Während quantitative Methoden breite, verallgemeinerbare Ergebnisse liefern, bieten qualitative Ansätze tiefere Einblicke in individuelle Erfahrungen und Kontextfaktoren. Die Kombination beider Ansätze erhöht die Validität, erfasst eher die Vielschichtigkeit komplexer Bildungssettings und bietet eine flexible Anpassung an spezifische Fragestellungen. Zudem fördern Mixed Methods praxisnahe und zielgruppenorientierte Handlungsempfehlungen, indem sie un-

terschiedliche Perspektiven und Datenquellen einbeziehen. Dadurch entsteht eine ganzheitliche und fundierte Bewertung, die sowohl messbare Ergebnisse als auch kontextuelle Details sowie Perspektivieren auf Verbesserungspotenzial berücksichtigt.

Die Herleitung von Qualitätskriterien in Evaluationen politischer Bildungssettings zeigt eine Balance zwischen induktiven und deduktiven Ansätzen, wobei deduktive Herleitungen zahlenmäßig leicht dominieren. Induktive Ansätze leiten Evaluationen aus spezifischen Anforderungen und Erfahrungen aus der Praxis her. Sie sind damit stark im praktischen Kontext verankert bzw. nah an der Praxisrealität. Deduktive Ansätze hingegen stützen sich auf etablierte Theorien und Rahmenwerke oder auf normative Vorgaben. Die qualitative Analyse der dokumentierten Studien bzw. erfassten Kategorien zeigt, dass viele Evaluationen etablierte Standards wie den Beutelsbacher Konsens als Qualitätsmaßstab verwenden. Allerdings fehlt in einigen Fällen eine Angabe der für die Evaluation angewandten Qualitätskriterien.

Beide Ansätze teilen den gemeinsamen Fokus auf Qualitätsstandards, unterscheiden sich jedoch in ihrer Herangehensweise. Induktive Ansätze legen mehr Wert auf die praktische Umsetzung, indem sie Qualitätskriterien direkt aus den spezifischen Anforderungen und Erfahrungen der Praxis herleiten. Im Rahmen politischer Bildungssettings ist dies besonders wichtig, um eine valide und gegenstandsangemessene Bewertung vornehmen zu können. Deduktive Ansätze hingegen zeichnen sich durch eine höhere Detailtiefe und Spezifität aus, da sie auf wissenschaftliche Theorien oder etablierte Modelle zurückgreifen, die oft bereits umfassend definiert und erprobt sind. Beide Ansätze zusammen ergänzen sich, um die Qualität politischer Bildungssettings zu erforschen und zu bewerten.

Fachdebatte

„Seit den 1990er-Jahren ist sie [Evaluation; TfB] das Mittel der Wahl, um die Wirkungen von Bildungsmaßnahmen und Lernständen zu kontrollieren und zu messen“ (Höhne 2024: 10). Damit haben Evaluationen im Kontext der Etablierung von neuen Steuerungsmodellen der öffentlichen Verwaltung in allen Politikfeldern an Bedeutung gewonnen (siehe Griese/Marburger/Müller 2016). Die Einführung einer ökonomisch geprägten Terminologie in die Beschreibung des Outputs von Organisationen, die nicht primär ökonomisch ausgerichtet sind, versprach Klarheit und Neutralität, wodurch Unsicherheiten besser bewältigt werden könnten (vgl. Bommes 2005: 137). „Fachpraxis und Wissenschaft kritisierten dabei scharf, dass auch für politische Bildung ökonomische Verwertungsperspektiven (und nicht ihre gesellschaftsverändernden Impulse) postuliert und Evaluation in einer ‚Qualitätssicherungseuphorie‘ als vermeintliches Allheilmittel ratloser Politiker und Funktionäre der Republik verordnet wurden“ (Ahlheim 2003: 5, zitiert nach Becker 2024).

„Ohne dass politische Bildung eigene Erkenntnisse über ihre möglichen Qualitäten und entsprechende Kriterien zur Verfügung stellen kann, bergen Evaluationen immer das potenzielle Risiko, Kriterien heranzuziehen, die entweder nicht fachlich begründet sind und/oder einer Verwaltungslogik folgen“ (Becker 2024: 19).

Die Debatte über verschiedene Interessen und Rollen in Evaluationen wurde dabei hauptsächlich im Zusammenhang mit Programmevaluationen geführt, da diese besonders im Kontext der

experimentellen Reformpolitik der 1960er- und 1970er-Jahre an Bedeutung gewannen (siehe Hellstern/Wollmann 1983, zitiert nach Müller 2016: 43). Wulf (1972: 9, zitiert nach ebd.) und Vestman/Conner (2006, zitiert nach ebd.) attestieren der Bildungspolitik dabei ein dreifaches Interesse an Evaluationen:

1. Man wollte wissen, ob die initiierten Maßnahmen tatsächlich ihre Ziele erreichen (Wirksamkeit im Sinne von Effektivität als Verhältnis von Absicht und Wirkung).
2. Man wollte angesichts steigenden Kostendrucks wissen, welchen Nutzen die initiierten Maßnahmen tatsächlich haben (Wirksamkeit im Sinne von Effizienz als Verhältnis von Aufwand und Ertrag).
3. Man war daran interessiert, die Reformen gegenüber einer zunehmend kritischen Öffentlichkeit durch Wirksamkeitsnachweise zu rechtfertigen und damit auch das eigene politische Handeln zu legitimieren.

In diesem Kontext haben sich schließlich Steuerungsmodelle durchgesetzt, die das bisher verwendete Konzept der Steuerung von Ressourcen und Prozessen (Input) durch eine Steuerung anhand von Leistungs- und Wirkungsvorgaben (Output) ersetzen oder zumindest ergänzen sollen (siehe Widmer 2012: 47).

Aus der Sicht politischer Bildungsorganisationen verursachte die Ausrichtung an dieser Logik Irritationen und gab Anlass zu Befürchtungen, dass die betroffenen Organisationen die inhaltliche Ausrichtung ihrer Angebote und die entsprechende Kommunikation ihres Outputs fortan an diese ökonomischen Bewertungsmaßstäbe anpassen. Der Umstand, dass Evaluationen in den letzten 20 Jahren überwiegend an politische Legitimierungsforderungen und die Prüfung der Zielerreichung von Fördervorgaben geknüpft waren, ist ein Hauptgrund für die Vorbehalte gegenüber dem Thema Evaluation innerhalb des Feldes der politischen Bildung. Angesichts der aktuellen gesellschaftspolitischen Herausforderungen sieht sich die politische Bildung jedoch erneut damit konfrontiert, Rechenschaft über ihre Potenziale und Wirkungen abzulegen, indem sie Antworten darauf liefern muss, ob und wie sie wirkt und wieso sie gefördert werden sollte (siehe Widmaier/Wohnig 2024: 8 f.). „Effizienz- und Effektivitätsnachweise sind in ihrer Bedeutung sogar gestiegen, und auch der Legitimationsdruck, unter dem bildungspolitisches Handeln steht, hat zugenommen“ (Terhart 2003: 75, zitiert nach Müller 2016: 46).

Derartige Fragestellungen fordern die politische Bildung dazu heraus, ihr Selbstverständnis zu reflektieren und die Professionalisierung des Feldes zielgerichtet weiter voranzutreiben. Denn: „Ohne dass politische Bildung eigene Erkenntnisse über ihre möglichen Qualitäten und entsprechende Kriterien zur Verfügung stellen kann, stellen Evaluationen, also die systematische Untersuchung und Bewertung des Nutzens und/oder Güte der Praxis, somit immer das potenzielle Risiko dar, Kriterien heranzuziehen, die entweder nicht fachlich begründet sind und/oder einer Verwaltungslogik folgen“ (Becker 2024: 19). „Insbesondere non-formale politische Bildung mit ihren unterschiedlichen Praxisfeldern sollte damit ein Interesse an der wissenschaftlichen Aufklärung über ihre Bedingungen, Qualitäten und Wirkungen haben“ (Becker 2024: 18). Es stellen sich unter anderem die Fragen, wie sie auf den Vertrauensverlust in die Demokratie und die Unsicherheiten durch gesellschaftliche Veränderungen reagieren kann, welche Konzepte sie entwickelt, um den vielfältigen Interessen der Bevölkerung gerecht zu werden, und welche besonderen Merkmale ihre Arbeit auszeichnen.



Hier geht es zur *Topografie der Praxis politischer Bildung*: <https://topografie-transfer-politische-bildung.de>

Für eine fundierte Bewertung und Weiterentwicklung der politischen Bildungspraxis muss das Thema aktiv angegangen werden, indem Fragen zu Evaluationsinteressen, -potenzialen und Umsetzungsmodellen gestellt werden. Wichtig ist zudem, die Ergebnisse breiter zu kommunizieren. Der Fokus sollte weniger auf der Frage liegen, ob politische Bildung evaluiert werden kann, sondern darauf, wie Evaluation adäquat durchgeführt werden kann.

Angesichts solcher Fragen und Überlegungen will das Projekt *Fachstelle politische Bildung – Wissens-Hub* auf Basis vorhandener Materialien wissenschaftliche Erkenntnisse in die aktuellen Diskussionen einbringen. Charakteristika von Evaluationen nonformaler politischer Bildung sollen in einer strukturierenden Übersicht erstellt werden, um Grundsatzfragen von Evaluation (Entwicklung von Qualitätskriterien, Operationalisierung, Verknüpfung von Interessen) in und zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik (Zuwendungsgebern) zu identifizieren und diskutieren zu können.

Fazit

Die Analyse in den drei Bereichen – empirische Grundlagenforschung zur Praxis, Wirkungsforschung und Evaluation – zeigt übergreifende Herausforderungen und Defizite, die die Forschung zur nonformalen politischen Bildung insgesamt betreffen. Besonders prägend ist die hohe Heterogenität der Forschungslandschaft: Wissen zur Praxis, zu ihren Wirkungen und Qualitäten findet sich in verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen wie der Politikwissenschaft, der Bildungs- und Erziehungswissenschaft sowie der Sozialen Arbeit. Diese Disziplinen setzen jeweils unterschiedliche Schwerpunkte, orientieren sich an spezifischen Fachdiskursen und folgen eigenen methodischen Standards. Entsprechend vielfältig sind die angewandten Methoden zur Datenerhebung und -auswertung. Zudem bleibt die Forschung stark fragmentiert, da viele Studien isoliert bleiben und selten aufeinander Bezug nehmen. Dies führt dazu, dass kumulatives Wissen nur begrenzt entsteht und übergreifende Theorien zur politischen Bildung bisher kaum entwickelt wurden. Insgesamt gibt es nur wenige empirische Studien zu diesen Themen. Dennoch existiert eine grundlegende Wissensbasis, die eine weiterführende Auseinandersetzung ermöglicht und als Ausgangspunkt für allgemeine Erkenntnisse dient.

Die Forschung liefert Einzelbefunde, aber kaum übergreifende Perspektiven.

Auch die untersuchten Forschungsgegenstände variieren stark von Studie zu Studie. Sie reichen von der Analyse einzelner Projekte und Angebote über die Untersuchung ganzer Einrichtungsarten und Angebotsformate bis hin zur Evaluierung umfassender Förderprogramme und Praxisfelder. Es gibt wenig systematische Bezüge zwischen den Studien und eine längerfristige, interdisziplinär geführte wissenschaftliche Debatte ist bislang kaum etabliert.

Die Sichtung von Literatur zu forschungstheoretischen und -praktischen methodologischen Fragen sowie zu Fragen nach den Auswirkungen für die Praxis hat gezeigt, dass die Anzahl der Publikationen auch in diesem Bereich stark begrenzt ist. Zudem erfolgt die Auseinandersetzung in großen zeitlichen Abständen, folgt wellenförmigen Aufmerksamkeitsschüben und ist überwiegend problem-, jedoch kaum lösungsorientiert.

Bislang fehlen vertiefte Wirkungsanalysen und eigenständige Evaluationsansätze, die speziell auf die Besonderheiten nonformaler politischer Bildung zugeschnitten sind.

Die Analyse zur Evaluation zeigt, dass Evaluationsstudien häufig von staatlichen Auftraggebern finanziert und gesteuert werden. Dies hat zur Folge, dass sich viele Studien primär auf die Zielerreichung geförderter Programme konzentrieren, während übergreifende Fragestellungen oder solche aus der Praxis weniger berücksichtigt werden. Strukturelle Rahmenbedingungen und Prozessanalysen stehen im Mittelpunkt, während vertiefte Wirkungsanalysen oft in den Hintergrund treten. Zudem fehlt es bislang an eigenständigen Evaluationsansätzen, die speziell auf die Besonderheiten nonformaler politischer Bildung zugeschnitten sind.



Mit dem Projekt *Fachstelle politische Bildung – Wissens-Hub* soll ein Beitrag zu den aktuellen Qualitätsdebatten geleistet werden, indem wissenschaftliche Erkenntnisse zur Praxis politischer Bildung, zu ihren Wirkungen und den Möglichkeiten ihrer Bewertung gesammelt, ausgewertet, zueinander in Beziehung gesetzt und in Fachdebatten eingebracht werden. Impulse für Diskussionen über Selbstverständnis, Qualität und Qualitätsprüfung politischer Bildung sollen generiert und Weiterentwicklungen angeregt werden. Des Weiteren sollen Diskussionen über eine dem Gegenstand der nonformalen politischen Bildung angemessene Forschung angeregt und weiterentwickelt werden.

Eine umfangreiche und fortlaufend aktualisierte Literaturliste, inklusiver aller ausgewerteten Studien, finden Sie hier: https://bit.ly/Literatur_Forschung_polBil



Literatur

Becker, Helle (2011): Praxisforschung nutzen, politische Bildung weiterentwickeln. Studie zur Gewinnung und Nutzbarmachung von empirischen Erkenntnissen für die politische Bildung in Deutschland. Berlin, online: <https://transfer-politische-bildung.de/transfermaterial/datenbank/#/d143> (abgerufen am 14.05.2025)

Becker, Helle (2024): Im eigenen Interesse. Evaluation als Instrument der Professionalisierung nonformaler politischer Bildung. In: Journal für politische Bildung. 14. Jg., H. 2, S. 16-20

Bommes, Michael (2005): Evaluationen – ein Modus der Bearbeitung von Unsicherheit in Hochschulen. In: Die Hochschule: Journal für Wissenschaft und Bildung. 14. Jg., H. 1, S. 135-142

Dehn, Claudia (2022): Zwischen Anschlussfähigkeit und Irritation: Wie Evaluation die Wirksamkeit politischer Bildung erhöht, online: <https://www.bpb.de/veranstaltungen/reihen/qualifiziert-handeln/505647/zwischen-an-schlussfaehigkeit-und-irritation-wie-evaluation-die-wirksamkeit-politischer-bildung-erhoeht> (abgerufen am 19.05.2025)

Deutsches Jugendinstitut (DJI) (2005): Evaluation – einige Sortierungen zu einem schillernden Begriff. In: Bulletin Plus 72, S. 1-4, online: https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs/333_5464_Evaluation_Begriff.pdf (abgerufen am 19.05.2025)

Hübner, Jennifer (2024): Editorial. In: Journal für politische Bildung. 14. Jg., H. 2, S. 1

Höhne, Thomas (2024): Evaluation: Zwischen Rationalisierung und Aufklärung. In: Journal für politische Bildung. 14. Jg., H. 2, S. 10-15

Müller, Thomas (2016): Evaluation im Spannungsfeld von Bildungspolitik, Bildungsforschung und Bildungspraxis. In: Bildungs- und Bildungsorganisationsevaluation. Ein Lehrbuch. Oldenburg, S. 41-58

Schirmacher, Gesa (2012): Was sich Auftraggebende von Evaluationen und Evaluationspraxis wünschen. In: Strobl, Rainer / Lobermeier, Olaf / Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Evaluation von Programmen und Projekten für eine demokratische Kultur. Wiesbaden, S. 179-192

Weiss, Carol H. (1974): Evaluierungsforschung. Methoden zur Einschätzung von sozialen Reformprogrammen. Opladen

Widmaier, Benedikt / Wohnig, Alexander (2024): Schwerpunkt. Wozu Evaluation? In: Journal für politische Bildung. 14. Jg., H. 2, S. 8-9

Widmer, Thomas (2012): Wirkungsevaluation zu Maßnahmen der Demokratieförderung. In: Strobl, Rainer / Lobermeier, Olaf / Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Evaluation von Programmen und Projekten für eine demokratische Kultur. Wiesbaden, S. 41-68

Impressum

Transfer für Bildung e.V.
Rellinghauser Straße 181
45136 Essen

Telefon: 0201 85791454-0

E-Mail: info@transferfuerbildung.de

Internet: <https://transfer-politische-bildung.de>

LinkedIn: <https://www.linkedin.com/company/transferfuerbildung>

Facebook: <https://www.facebook.com/transferfuerbildung>

YouTube: <https://www.youtube.com/@TransferfuerBildung>

Verantwortlich für den Inhalt:

Dr.in Helle Becker, *Transferstelle politische Bildung / Transfer für Bildung e.V.*

Zitationsvorschlag: Hansek, Marcel / Becker, Helle / Posenau, Dirk (2025): Monitor: Evaluation im Bereich der nonformalen politischen Bildung. Bestandsaufnahme und Analyse von Forschungssituation und Fachdebatte. Fachstelle politische Bildung – Wissens-Hub, Working Paper 3. Herausgegeben von Transfer für Bildung e.V., online: <https://transfer-politische-bildung.de/transfERMATERIAL/veroeffentlichungen/mitteilung/artikel/monitor-evaluation-im-bereich-der-nonformalen-politischen-bildung/>

Bildnachweise

alle Fotos: Christoph Honig

Weitere Publikationen aus dieser Reihe:

Working Paper 1: Monitor: Empirische Grundlagenforschung zur Praxis nonformaler politischer Bildung: <https://bit.ly/Monitor-Grundlagenforschung>

Working Paper 2: Monitor: Wirkungsforschung zur nonformalen politischen Bildung: <https://bit.ly/Monitor-Wirkungen>

Ein Projekt von:

TRANSFER
FÜR **BILDUNG**

Fachstelle
politische
Bildung 

Gefördert
durch die
 **bpb**
Bundeszentrale für
politische Bildung